

**10. Dialogplattform im Rahmen der Österreichischen Roma-Strategie  
„Studie Beschäftigung, Wohnen, Freizeit und andere Integrationsaspekte,  
Präsentation der Zwischenergebnisse“**

Bundeskanzleramt

30. April 2014

Nationale Roma Kontaktstelle: Dr.<sup>in</sup> Susanne Pfanner

BMASK: Mag. Roland Hanak

L&R Sozialforschung: Mag.<sup>a</sup> Sanja Selak-Ostojic, Dr. Walter Reiter

Caritas Graz: Mag. Franz Waltl

Anwesend: laut Anwesenheitsliste

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

**1. Begrüßung**

Dr.<sup>in</sup> Susanne Pfanner, die seit 1.1.2014 die Nationale Roma Kontaktstelle leitet, begrüßt die TeilnehmerInnen, stellt sich vor und präsentiert die Tagesordnung.

**2. Rückblick auf jüngste Entwicklungen auf europäischer und nationaler Ebene**

Die Vorsitzende informiert über folgende Entwicklungen und Aktivitäten seit der letzten Dialogplattform:

### *Entwicklungen auf europäischer Ebene:*

- Einstimmige Annahme der Empfehlung des Rats für wirksame Maßnahmen zur Integration der Roma durch die EU Mitgliedsstaaten am 9. Dezember 2013
- Treffen der Nationalen Roma-Kontaktstellen der Mitgliedstaaten am 13./14. Februar 2014 in Brüssel, das der Kooperation zwischen nationalen Roma-Kontaktstellen und nationalen Gleichbehandlungseinrichtungen gewidmet war
- Hochrangig besetzter EU-Roma-Gipfel in Brüssel am 3. April 2014
- EU-KOM-Bericht zur Umsetzung des EU-Rahmens für nationale Roma - Integrationsstrategien vom 2. April 2014. Die Vorsitzende berichtet, dass darin österreichische Maßnahmen grundsätzlich gewürdigt, aber auch Herausforderungen beim Wirkungsmonitoring geortet würden. Gefordert werde vor allem im Kontext allgemeiner Integrationsmaßnahmen ein gezielt Roma-spezifisches Wirkungsmonitoring.

### *Entwicklungen auf nationaler Ebene*

- Finalisierung des nationalen Fortschrittsberichts inkl. Maßnahmenkatalog
- Diskussionsveranstaltung zum Thema „Inklusion der Roma in Österreich - Aktivitäten und Herausforderungen“ im Parlament anlässlich des Internationalen Romatages am 8.4.2014 unter Teilnahme des Herrn Bundesministers Rudolf Hundstorfer  
(vgl. [http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2014/PK0303/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2014/PK0303/index.shtml) )
- Verankerung eines Nationalen Aktionsplans für Menschenrechte im Regierungsprogramm; Hinweis der Vertreterin des BMEIA auf eine diesbezügliche Informationsveranstaltung der Volksanwaltschaft „NGO-Forum – Dialog mit der Zivilgesellschaft“  
(vgl. <http://volksanwaltschaft.gv.at/downloads/60o70/Bericht%20NGO-Forum%202014.pdf>)

Mag. Roland Hanak, BMASK, teilt mit, dass in der Förderperiode 2014-2020 des Europäischen Sozialfonds (ESF) aus dem Operationellen Programm auch Roma-spezifische Maßnahmen gefördert werden. Konkret werden von Seiten des BMASK ab 2015 rund EUR 1 Million pro Jahr für gezielt Roma-spezifische Maßnahmen zur Verfügung stehen. Diese Summe wird sich aus 50% ESF-Mitteln und der notwendi-

gen Kofinanzierung in der Höhe von ebenfalls 50 % zusammensetzen, die aus der Gebarung Arbeitsmarkt aufgebracht wird. Es wird daher kein Eigenfinanzierungsanteil der Projekte erforderlich sein.

Am 8. April 2014 wurde dazu im Ministerrat die Partnerschaftsvereinbarung beschlossen, in der die Zusammenarbeit der EU-Fonds ELER, EFRE und ESF für die neue Förderperiode 2014-2020 festgelegt wird.

Ein Call für die Förderprojekte ist in Vorbereitung; geplant ist die Förderung von arbeitsmarktbezogenen Projekten mit dem Ziel der Qualifizierung, Weiterqualifizierung, Training, Re-Training, Beratung von Roma sowie Anti-Diskriminierungsmaßnahmen im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Angedacht ist die Förderung von etwa 5-10 Projekten mit einem Budget von ca. etwa € 100.000,- bis € 200.000,- pro Projekt und Jahr.

Mag. Hanak weist darauf hin, dass das Bundesministerium für Bildung und Frauen jene Teile des ESF-Budgets verwaltet, der für die Bereiche Zugang zum lebenslangen Lernen sowie Verringerung des vorzeitigen Schulabbruchs vorgesehen ist. Weiters informiert er, dass das Land Burgenland im neuen ESF-Programm nunmehr als „Übergangsregion“ eine eigene Prioritätsachse (Ziel 1, mit einer höheren Förderquote von 60 %) zugewiesen ist. Burgenländische Projekte werden von der Regionalmanagement Burgenland GmbH (<http://www.rmb.co.at/de/rmb>; Leitung Mag. (FH) Harald Horvath) verwaltet.

### **3. Vorgangsweise zur Aktualisierung der Roma-Strategie bis Ende 2014**

Die Vorsitzende präsentiert das Rahmenkonzept zur Aktualisierung der österreichischen Roma Strategie. Diese soll auf der Grundlage zu erwartenden Studienergebnisse aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Beschäftigung und Wohnen erfolgen (siehe Folien Beilage 1).

Eine Teilnehmerin plädiert für eine differenzierte Diktion im Hinblick auf Sinti und Roma. Eine weitere Teilnehmerin weist darauf hin, dass der Begriff „Roma“ bei der Gruppe der Sinti nicht als Eigenbezeichnung verwendet wird. Frau Dr.<sup>in</sup> Achleitner, Leiterin der Abteilung für Volksgruppenangelegenheiten im Bundeskanzleramt weist

darauf hin, dass in Österreich, ebenso wie beim Europarat und anderen europäischen Institutionen der Begriff „Roma“ weitestgehend als Überbegriff für die unterschiedlichen Gruppen verwendet wird (vgl. für die EU: [http://ec.europa.eu/justice/discrimination/roma/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice/discrimination/roma/index_de.htm)). Darunter fallen alle Gruppen wie Burgenlandroma, Sinti, Kalderash, Lovara, Gurbet, Arlie und andere. Dem entsprechend verwendet auch die Verordnung der Bundesregierung über die Volksgruppenbeiräte den Begriff „Volksgruppenbeirat für die Volksgruppe der Roma“ (<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000614>). Dr.<sup>in</sup> Achleitner betont, dass mit der Verwendung des Überbegriffs „Roma“ weder eine Hervorhebung noch Marginalisierung einer der Gruppen stattfindet.

#### **4. Studie: Roma in Österreich: Integrationsaspekte in den Bereichen Beschäftigung, Wohnen und Freizeit: Präsentation der Zwischenergebnisse**

Dr. Reiter weist einleitend darauf hin, dass im Rahmen der Untersuchungen keine umfassende qualitative Erhebung durchgeführt worden sei, die Studie sei vielmehr als eine Sammlung von Expertenansichten aus der Roma-Community (Roma und Nichtroma) zu sehen. Als besonders herausfordernd habe sich bei der Untersuchung die Trennung der von der Studie umfassten Bereiche und dem Bereich Bildung erwiesen, der jedoch Gegenstand einer gesonderten Studie ist.

Frau Mag.<sup>a</sup> Selak-Ostojic stellt die Zwischenergebnisse der Studie Roma in Österreich: Integrationsaspekte in den Bereichen Beschäftigung, Wohnen und Freizeit vor (siehe Folien Beilage 2).

In der anschließenden Diskussion wurde auf folgende Aspekte eingegangen:

- Differenzierte Bedürfnislagen bedingt durch Heterogenität der Roma in Österreich
- Methodologie der Untersuchung: 25 ExpertInnengespräche und 3 Fokusgruppen
- Geringe Aussagekraft der Studienergebnisse: Um konkrete und belegbare Aussagen treffen zu können, wären weitere Untersuchungen mit einer größeren Anzahl von Befragten erforderlich. Dabei wird die Erreichbarkeit der einzelnen Gruppen als Herausforderung gesehen.

- Bedeutung des Aufenthaltsstatus (in der Studie nicht erhoben) für Beschäftigungs- und Wohnsituation: Es wird vorgeschlagen, die MA 35 in den Dialog miteinzubeziehen.
- zwei gut funktionierende Durchreiseplätze in Oberösterreich

### **5. Erkenntnisse aus der Betreuung einer Roma-Familie und aus den Erfahrungen der Winternotschlafstelle der Caritas Graz**

Mag. Franz Walzl, Caritas Graz, Bereichsleitung „Hilfe für Menschen in Not“ berichtet einleitend, dass von der Caritas Graz in den letzten eineinhalb Jahren ein verstärkter Zuzug aus Rumänien und Bulgarien beobachtet wird. Den Anteil der Roma an Hilfsbedürftigen, die die Angebote der Caritas Graz in Anspruch nehmen, schätzt er auf 85%.

Anschließend berichtet er über Erkenntnisse, die aus der Betreuung einer Roma-Familie über einen Zeitraum von September 2013 bis März 2014 gewonnen wurden, sowie über Erfahrungen aus der Winternotschlafstelle der Caritas Graz (siehe Folien Beilage 3).

Er fasst folgende Herausforderungen für die Arbeit der Caritas zusammen, die im Laufe der sechsmonatigen Betreuung ersichtlich wurden:

- Besonderheiten in der familiären Struktur
- Mangel an muttersprachlichen SozialarbeiterInnen
- Kooperation/Koordination mit staatlichen Stellen (z.B. AMS, Jugendamt)
- Armutszuwanderung als gesamtgesellschaftliches Spannungsfeld

In der anschließenden Diskussion wird betont, dass die Bedürfnislagen unter den verschiedenen Gruppen sehr stark variieren. Unbedingt müsse man sich davor hüten, aus dem vorgetragenen Fall verallgemeinernde Schlussfolgerungen zu ziehen. Teilnehmer plädieren für Verständnis für besondere Bedürfnislagen, konkret angesprochen wird dabei die Erhaltung der Sprache und Kultur, die familiären Strukturen.

Zum Thema **Armutszuwanderung** wurden folgende Aspekte aufgeworfen:

- Versäumnisse der Europäischen Union im Hinblick auf die verstärkte Armutgefährdung in den neuen EU Mitgliedsstaaten
- Berücksichtigung des historischen Kontexts in den Herkunftsländern der Zuwanderer (bessere Sozialleistungen im Kommunismus)

- Hohe Armutsgefährdung sowie mangelnder politischer Wille in den Herkunftsländern: In Ländern wie Rumänien werde es voraussichtlich noch 30 Jahre dauern, bis das Thema von der Politik angenommen wird. Ein Teilnehmer erinnert daran, dass auch Österreich dafür 50 Jahre benötigt habe.
- Mangelnder politischer Wille zur Hilfe von Bettlern in Österreich
- Rassistische Färbung des öffentlichen Bettel-Diskurses bedingt durch mangelnde sprachliche Sensibilisierung: Häufig werde für Roma Familien verhetzende Begriffe wie „Sippe“ und „Clan“ verwendet.
- Exzessive Verwaltungshandlungen gegenüber Bettlern, auch Fahrgemeinschaften oder Absprachen von guten Plätze werden als „organisierte Bettelei“ ausgelegt, die zB in Oberösterreich verboten sei
- Hinweis auf die Veranstaltung zum Thema „Betteln - eine Herausforderung“ im Bildungshaus St. Virgil von 12.5. bis 14.5.2014 (<http://www.ifz-salzburg.at/tagung-betteln-eine-herausforderung/>) sowie auf den Verein Phurdo in Salzburg, der ArmutswanderInnen unterstützt ([http://www.phurdo.org/?page\\_id=879](http://www.phurdo.org/?page_id=879))

Zum Thema **Ausschöpfung der EU-Fonds in Rumänien/Bulgarien** werden folgende Aspekte angesprochen:

- Geringe Absorptionsrate
- mangelnde administrative Kapazitäten zur Ausschöpfung in den neuen MS
- Hinweis auf den Workshop „Stepping up Institutional Capacity for Roma Inclusion in the Danube Region“, der sich u.a. der transnationalen Dimension von Roma-Inklusion sowie der besseren Verwendung von EU-Mitteln in dieser Hinsicht widmet ([http://www.sozialministerium.at/site/Soziales/EU\\_Internationales/EU\\_Donaumstrategie/](http://www.sozialministerium.at/site/Soziales/EU_Internationales/EU_Donaumstrategie/))
- Hinweis auf die Veranstaltung „Fostering Cooperation and Institutional Capacity for Roma Integration in the Danube Region“ am 9./10. Oktober 2014 in Wien

Anknüpfend an den Bericht der Caritas Graz berichtet ein Vertreter der Caritas Wien, dass in Wien über den Winter **Notschlafstellen** eingerichtet sind, die von der Stadt

Wien finanziert werden (450 Schlafplätze, davon 9 Plätze für Familien). Nach eigener Einschätzung nehmen Roma dieses Angebot in Wien wenig in Anspruch.

Ein Teilnehmer weist darauf hin, dass kein Vertreter des Amts der burgenländischen Landesregierung anwesend ist und unterstreicht die Bedeutung der Anwesenheit eines solchen Vertreters für die Burgenland Roma.

## **6. Ausblick**

Die Vorsitzende informiert, dass die nächste Dialogplattform dem Thema „Stereotypisierung der Roma im medialen Diskurs“ gewidmet sein wird.